

Verlag Ulstein. Fernsprech-Zentrale Ulstein: Dönhofs (A 7) 3600-3665, Fernverkehr: Dönhofs 3686-3698. Telegramm-Be: Ulsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 60. Monatlich 3,90 M. (einschl. 7 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren, bei Postbestellung anßerdem 72 Pf. Bestellgeld)

## Berlin

Verantw. für den Gesamtinhalt (außer dem Handeltitel): Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preis: Nr. 3/12 Stück. Familien-Anzeigen: Nr. 3/12 Stück. 20 Pfennig. Eine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26.

15 Pf. - Nr 437

SONNTAG, 11. SEPTEMBER 1932

MORGEN-AUSGABE

# Schleicher lehnt ab

## Kanzler eines neuen Kabinetts zu werden

# Vor der Entschcheidung

Von  
DR. PETER REINHOLD,  
früherem Reichsminister der Finanzen

Amlich wird bekanntgegeben: „Entgegen anderslautenden Gerüchten, die zur Zeit umlaufen, teilt Reichswehrminister von Schleicher mit, daß er nicht bereit ist, zu einer Verwirklichung des Gedankens einer unabhängigen Präsidialregierung durch ein tatsächlich von den Parteien gebildetes Kabinett die Hand zu bieten. Er betont, daß er es als eine Untugde gegenüber dem Herrn Reichspräsidenten ansehen würde, wenn er irgendeinem Tag würde, was den Bestand des jetzigen Kabinetts gefährden täne.“

Die Erklärung des Reichswehrministers v. Schleicher, die berechtigtes Aufsehen erregen wird, hat einen realen Hintergrund als die „Gerüchte“, gegen die sie sich offiziell wendet. Diese Gerüchte lind nicht ganz jungen Datums. Es tauchten zum ersten Male kurz nach dem 13. August auf, nach der entscheidenden Ablehnung einer nationalsozialistischen Stiftung durch den Reichspräsidenten und der nationalsozialistischen Ablehnung einer Beteiligung an der Regierung unter der Führung Papens. Schon damals wurde, und mit gutem Grund, behauptet, daß die Nationalsozialisten, wenn eine Stützpunkt für sich erreichbar sei, sich vermutlich mit einer Beteiligung an der Macht begnügen würden, wenn an die Stelle Papens der Reichswehrminister von Schleicher treten würde. Diese Vermutung ist gestern zur Gewißheit geworden.

Künftige Parlamentarier waren gestern nachmittag davon unterrichtet, daß Unterhändler der Nationalsozialistischen Partei und des Zentrums beim Reichswehrminister von Schleicher vorgeproben und ihm folgende Variante einer Lösung der innerpolitischen Schwierigkeiten vorgegetragen haben: Das Kabinett Papen solle nach der Abgabe der Regierungserklärung zurücktreten. Dem Reichspräsidenten solle von den beiden Parteien vorgeschlagen werden, Herrn von Schleicher für die Bildung des neuen Kabinetts zu betrauen, das gleichfalls als Präsidialkabinett firmieren solle. In die neue Regierung solle der nationalsozialistische Abgeordnete Gregor Straßer als Vizekanzler eintreten. Die wichtigsten Portefeuilles sollten mit Persönlichkeiten besetzt werden, die den drei Parteien der neuen Reichsregierung (Nationalsozialisten, Zentrum, Bayerische Volkspartei) angehören bzw. nahestehen.

Die Namen der beiden Unterhändler sind nicht bekannt geworden, aber es wird behauptet, daß der Beauftragte des Zentrums dem gewerkschaftlichen Flügel der Partei angehört. Diese Feststellung ist wichtig. Die Nationalsozialisten haben Herrn von Schleicher in den letzten Monaten mit betonter Freundlichkeit behandelt und fast ausschließlich mit ihm verhandelt. Das Zentrum beehrte Schleicher seit dem Sturze Brünnings, an dem sie ihm einen heroisierenden Anteil zugeschrieben, mit einem gewissen Mißtrauen. Das Eintreten für ein Kabinett Schleicher wird im Zentrum damit erklärt, daß der Reichswehrminister mit dem sozialpolitischen Programm des Papen-Programms nicht übereinstimmt und eine sozialfreundliche Haltung zeige. Es ist in Erinnerung, daß Papen am 13. August den Nationalsozialisten das Amt des Vizekanzlers (für Hitler) und drei Sitze im Kabinett angetragen. Mit dieser Vertretung im Kabinett haben sich die Nationalsozialisten gestern einverstanden erklärt, mit der Ablehnung, daß Straßer Vizekanzler werden soll, wenn Schleicher statt Papen Kanzler würde. Der Reichswehrminister hat, wie aus seiner Erklärung hervorgeht, es abgelehnt, sich in diese Kombination eines Kabinettswechsels hineinzuzeigen zu lassen, die offensichtlich das Ergebnis der jüngsten Verhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum gewesen ist. Anzumerken ist noch, daß in der Erklärung Schleichers mit Betonung von einer Verwirklichung des Gedankens einer unabhängigen Präsidialregierung durch ein tatsächlich von den Parteien gebildetes Kabinett die Rede ist.

**Parteilührer-Empfang Donnerstag?**  
Nach eine zweite amtliche Mitteilung ist gestern in den Abendblättern ausgegeben worden:

„Reichspräsident Göring hatte beantragt, daß eine Unterredung zwischen dem Herrn Reichspräsidenten und den Vertretern der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpar-

tei, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei stattfinden möge. Hiermit hatte sich der Herr Reichspräsident einverstanden erklärt und die Unterredung auf Dienstag anberaumt. Heute hat Herr Göring gebeten, daß die Unterredung schon am Montag stattfinden möge. Auch hierzu hat der Herr Reichspräsident sein Einverständnis erklärt.“

Diese amtliche Mitteilung war bereits überholt, als sie verbreitet wurde. Der Empfang der Parteilührer wird nicht am Montag nachmittag erfolgen und die Sitzung des Reichstags, in der die Regierungserklärung abgelesen werden soll, wird nicht wegen angeblicher „schwierigkeiten“ Schwierigkeiten auf Dienstag verschoben werden. Dieses Sin und Herr ist fernzulegender für die Verwirklichung, die besonders in nationalsozialistischen Lager herrscht. Es ist bereits in der gestrigen Abendausgabe der „Berlinerischen Zeitung“ erwähnt worden, daß Hitler sich für den Parteilührer-Empfang, „Sicherungen“ verschaffen wollte.

Es lagen in der Einladung auf Dienstag ein Kanöver. Der Empfang könnte, da er nach der Regierungserklärung stattfinden sollte, dazu benutzt werden, an die Vertreter der Parteien die Frage zu richten, ob sie dem Programm der Regierung zustimmen könnten oder nicht. Würde die die Antwort nicht verneinend ausfallen, dann könnte der Kanzler je zum Wort kommen, den Reichstag sofort aufzulösen, ohne die politische Aussprache abzuwarten. Nationalsozialisten und Zentrum wandten sich darum gestern nachmittag an das Büro des Reichspräsidenten mit dem Ersuchen, den Empfang der Parteilührer auf Montag vorzuzuziehen. Die Regierungserklärung würde dann auf Dienstag verschoben werden. Der Reichspräsident ließ sein Einverständnis erklären.

Einige Stunden später teilte Präsident Göring dem Büro des Reichspräsidenten mit daß technische Schwierigkeiten (welcher Art wurde nicht gesagt), die Verlesung der Regierungserklärung auf Dienstag unmöglich machen und daß die Parteilührer darum bitten, erst am Donnerstag, nach der politischen Aussprache, gehört zu werden. Inzwischen wird die amtliche Mitteilung herausgegeben. Dem Reichspräsidenten sollte gestern abend nicht mehr Vortrag gehalten werden. Es ist darum noch ungewiß, ob Hinberung in die notwendige Veränderung des Termins möglich und ob er die Parteilührer überhaupt noch wird empfangen wollen.

Das Ersuchen Görings läßt darauf schließen, daß die Nationalsozialisten und Zentrum ebenfalls die Absicht haben, den Reichstag nach der Debatte zunächst zu vertagen und keine Abstimmungen anzulassen. Es ist beifällig, daß sich die Tendenz der beiden Parteien, die Reichstagsaufhebung zu vermeiden, möglichst noch verliert hat. Es ist aber noch nicht zu erkennen, auf welchem anderen Wege sie dieses Ziel nach der Erklärung Schleichers noch erreichen wollen, als auf dem einer längeren und wiederholten Vertagung.

## Circulische Zwischenbilanz

STRESA, 10. SEPTEMBER

Am Ende der ersten Konferenzwoche ist als bisheriges Ergebnis festzustellen: Der Bericht Frankreichs auf den Zarid-Plan durch Preisgabe der tschechischen Klausel, das Scheitern des polnischen Verdrages, sich mit Hilfe des Flaggenrodes die südosteuropäischen Länder vorzunehmen, die völlige Einigung der drei Großmächte bezügl. der Balkan-Angarfragen im Donauraum gemeinsam treffen wurde. Das kommt heute die ausstärkliche Annäherung in der Frage der Sonderverordnungsbehandlung des Selbstbetriebs. Besonders Deutschland hat Interesse, mit diesem Vertrag aufzuheben zu sein, der sonst der Durchdringung seiner Vorhänge erzielt werden konnte.

Dr. F. K.

## Auseinandersetzung mit Carl Schmitt

Den Lehren des Berliner Staatsrechtlers Professor Carl Schmitt kommt für die ideologische Fundamentierung des Papenschen Ansatzes gegenwärtig besondere Bedeutung zu. Die „Berlinerische Zeitung“ widmet der Bekämpfung dieser gefährlichen Lehren heute die 4. Beilage. Rechtsanwalt Dr. Duabbe-Breslau zugleitet Schmitts Thesen gegen seine Staatsrechtler Begriffe und legt sich mit ihnen teils auseinander.

Unter der Forderung rechtlicher und moralischer Gleichstellung in der Wehrfrage, die das Kabinett Papen durch Herrn von Neutath der französischen Regierung notifiziert hat, steht ja ein Deutschland. Es gibt hier in der Durchführung keine Unterchiede zwischen rechts und links oder zwischen Nord und Süd: Deutschland in seiner Gesamtheit trägt es sich, als ein Volk minderen Ranges behandelt zu werden, und solange diese offene Wunde nicht geschlossen ist, wird die Nation ihr inneres Gleichgewicht nicht wiederfinden. Trägt hoch die unantastliche Wehrverfassung, die in einer reiflichen Verankerung der deutschen Mentalität unserm Volk durch Verfallsfälle aufgezwungen wurde, einen guten Teil der Schuld an der politischen Verwirrung der letzten Jahre: die berechtigende Aufhebung grade gegen die auf Dauer unerträglichen Bestimmungen des Friedensvertrages hat dem Realismus in Deutschland einen immer neuen und von Jahr zu Jahr in ihrer Wirkung gesteigerten Auftrieb gegeben, und alle die Wehrverbände und Wehrmänner, die sich allmählich, wenn es geht, zu einem Umpfang, und wenn es schießt geht, zu einem Umpfang auszuweichen brohen, sind letzten Endes nur durch die Tatsache möglich geworden, daß infolge des der Reichswehr entzogenen Genslers der Wehrdienst der deutschen Jugend die Form feilt, in der jener natürliche und durchaus nicht aggressive Goldanteil, der die Jugend aller zur Vertiefung ihrer Freiheit entschlossenen Völker erfüllt, seine normale Betätigung finden kann. Die Ablehnung dieser Bestimmungen ist deshalb nicht nur eine selbstverständliche Forderung jeder deutschen Realpolitik, sondern auch ein Postulat der praktischen Vernunft für den Frieden Europas: wenn hier nicht ein Ventil geöffnet wird, kann die latente Gefahr von Explosionen jederzeit auf werden.

Hier haben aber allen Grund, mit gutem Gewissen, ruhiger Entschlossenheit und ohne jede Nervosität in den Herrn von Neutath eingeschlagenen Weg weiterzugehen: aber wir werden, wenn wir unser Ziel erreichen wollen, dieselbe Entschlossenheit und dieselbe Ehrlichkeit in der Abwehr aller Verleumdungen zeigen müssen, die aus unserer rechtlichen und moralischen Überzeugung in der Wehrfrage eine einseitige Anfristung Deutschlands machen wollen. Das solche Verleumdungen in manchen Kreisen vorhanden sind, wird niemand bestreiten: aber daß die Regierung oder die Wehrbehörde des Volkes hinter solchen Forderungen steht, ist eine demagogische Unterstellung, auf der Wortlaut und Sinn der deutschen Rolle niemandem das Recht gibt. Deutschlands wahres Ziel ist Gleichberechtigung und Verminderung der Abhängigkeit durch eine nicht auf dem Papier stehende, sondern praktisch durchgeführte Aufrüstung. Nur auf diesem Wege lind unsere Forderungen durchzuführen: nur so eine Sicherung Deutschlands vermittelbar.

Ob Deutschland dieses doppelte Ziel: Gleichberechtigung und allgemeine Abrüstung besser auf der Abrüstungskonferenz selbst oder durch eine besondere Demarche gegenüber Frankreich der Wehrfähigkeit zum Beweisen bringen konnte, war eine Frage der Zweckmäßigkeit der Methode: die deutsche These, daß eine allgemeine Abrüstungskonvention losgeriffelweisse den Teil V des Versailles Vertrages beilegen muß, konnte auf die eine wie die andere Weise klar herausgearbeitet werden. Zeit, nachdem die Wehrfrage sich für den Weg entschieden hat, sich direkt an Frankreich zu wenden, kommt für den Erfolg alles darauf an, daß der Gegenstande jeder Vorwand für die Unterstellung genommen wird, daß Deutschland nur Aufzurüstungsfreiheit will und damit gleichzeitig die Sabotage von Kaufmann bezweckt. Bisher war die Unterbrechung der Welt in seltener Einmütigkeit die, daß Frankreich hartes Festhalten an der unbedingten militärischen Suprematie in Europa einen Erfolg von fünfante 10 gibt wie unmöglich, jedes physikalische Fehler in der Methode, ja sogar schon eine falsche Begeisterung auf dem formell wie materiell einwandfreien Vorgehen des Staatsmännlichen Amtes beschwören die Gefahr herauf, daß Deutschland zum Sündenbock für ein Willigen der Kaufmann Konferenz gestempelt wird.

Die Verantwortung ist deshalb für die deutsche Regierung besonders groß. Daß in der Frage der Wehrfähigkeit der Reichswehrminister im Kabinett eine ausschlaggebende Stellung einnimmt, ist eine Selbstverständlichkeit: daß er an der Befreiung des Zusammenstoßes mit dem französischen Volk teilzunehmen, mehr (sich etwas Ungewöhnliches: daß er